

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Carsten Hübner und der Fraktion der PDS

– Drucksache 14/1644 –

Politische Entwicklung in Peru

Neueste Entwicklungen erhärten, dass sich die Republik Peru nach und nach in eine Diktatur verwandelt. In den vergangenen Jahren wurde die Unabhängigkeit der Gerichte immer weiter untergraben, so sehr, dass die Weltbank 1998 einen für die Justizreform bestimmten Millionenkredit gestrichen hat. Jetzt droht ein weiter Schritt in Richtung Alleinherrschaft: Ein Gesetz, das von Präsident Fujimori eingebracht, am 8. Juli 1999 vom peruanischen Kongress beschlossen wurde, erklärt die Entscheidungen des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofs für Peru als nicht rechtsverbindlich. Damit reagierte die Regierung auf die unbequeme Entscheidung des Gerichts, dass das Verfahren wegen Terrorismus gegen vier Chilenen neu aufgerollt werden müsse, da ihr Verfahren vor einem Militärgericht nicht internationalen Menschenrechtsstandards genügt habe. Außerdem will Fujimori so den unliebsamen Folgen mehrerer zu erwartender Urteile entgehen:

Erstens, den Untersuchungen über den Verbleib von „verschwundenen“ Personen sowie der Forderung nach Freilassung nachgewiesenermaßen unschuldiger Gefangener. – Immer wieder weisen Menschenrechtsorganisationen auf solche Fälle hin, so jüngst den eines in Deutschland lebenden Musikers, der während eines Besuchs in Peru festgenommen wurde und sich seither in Gefangenschaft befindet, obwohl die peruanischen Behörden sein Alibi für die ihm vorgeworfene Straftat anerkennen.

Zweitens der Wiedereinsetzung der 1997 entlassenen Verfassungsrichter. Sie waren abgesetzt worden, weil sie eine dritte Amtszeit des Präsidenten für verfassungswidrig erklärt hatten. Sie wurden durch provisorische Richter ersetzt, die, mangels Unkündbarkeit, in hohem Maße von der Regierung abhängig sind.

Insgesamt laufen am Internationalen Menschenrechtsgerichtshof noch neun Verfahren gegen die peruanische Regierung, 180 haben die Menschenrechtskommission durchlaufen und befinden sich auf der Vorstufe zur Behandlung.

1. Hat die Bundesregierung gegen den Beschluss des peruanischen Kongresses protestiert, der Verurteilten die letzte unabhängige Beschwerdeinstanz unzugänglich macht?

Wenn ja, wann und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung hat den Beschluss des peruanischen Kongresses vom 7. Juli 1999, die Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit des interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofes einseitig und mit sofortiger Wirkung aufzukündigen, unmittelbar nach dessen Bekanntgabe kritisiert. Noch am selben Tag hat Staatsminister Dr. Ludger Volmer, der sich aus Anlass des 200. Jahrestages der Amerika-Entdeckungsreise Alexander von Humboldts in Peru aufhielt, in einer Pressekonferenz in Lima öffentlich sowie im bilateralen Gespräch mit der Regierung Missfallen und Besorgnis der Bundesregierung über diese Maßnahme zum Ausdruck gebracht. Er hat vor möglichen Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen gewarnt und gleichzeitig angekündigt, dass die Bundesregierung das Thema mit den Partnern in der Europäischen Union aufnehmen werde. Am 19. Juli 1999 wurde im Namen der Europäischen Union diesbezüglich eine Demarche der Europäischen Union in Lima durchgeführt. Bereits zuvor war der Geschäftsträger der peruanischen Botschaft in Bonn in das Auswärtige Amt einbestellt und ihm gegenüber die Haltung der Bundesregierung verdeutlicht worden.

Staatsminister Dr. Ludger Volmer hat diese Frage auch in seinem Gespräch mit dem „Defensor del Pueblo“, Dr. Santistévan de Noriega, und mit der Menschenrechtsorganisation APRODEH am 6. Juli 1999 in Lima erörtert.

2. Wie beurteilt die Bundesregierung die politische Entwicklung in Peru, insbesondere im Bezug auf die Kriterien für Entwicklungszusammenarbeit?

Die Bundesregierung beobachtet die politische Entwicklung in Peru sehr sorgfältig. Hinsichtlich der Beachtung der fünf Kriterien der Entwicklungszusammenarbeit durch die peruanische Regierung stellt sie fest, dass Peru in den letzten Jahren in einigen Bereichen Fortschritte erzielt hat, während andere durch die peruanische Regierung in geringerem Maße beachtet werden. Die Einschätzung der politischen Entwicklung in Peru bezieht alle fünf Kriterien gleichermaßen ein.

3. Welche Projekte der Entwicklungs- und sonstigen Zusammenarbeit unterhält die Bundesregierung zur Zeit mit Peru (bitte einzeln und mit Höhe der finanziellen Aufwendungen angeben)?

Die Bundesregierung führt ein umfangreiches Programm an Projekten der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit mit Peru durch. Einzelheiten können den in den Anlagen 1 und 2 beigefügten Projektlisten entnommen werden.

4. Sieht die Bundesregierung die Verletzungen von Rechtsstaat und Menschenrechten in Peru als so schwer an, dass sie eine Kürzung der Entwicklungszusammenarbeit ins Auge fasst?
 - a) Welche Projekte würden in einem solchen Fall gekürzt bzw. gestrichen?
 - b) Wenn nein, wie müsste sich die Situation in Peru verändern, damit die Bundesregierung eine Kürzung der Mittel für nötig erachtet?

Die Neuzusagen an Peru wurden in den letzten Jahren aufgrund haushaltsmäßiger und anderer Gründe stark zurückgefahren (1995: 101,5 Mio. DM, 1999: 30 Mio. DM). Gleichzeitig wurde die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Peru noch stärker darauf ausgerichtet, die peruanische Regierung auf die Erfüllung der entwicklungspolitischen Kriterien zu verpflichten. Neuprojekte wurden gezielt in den Bereichen Wirtschaftspolitik, Dezentralisierung, Justizverwaltung, Ombudsmann sowie Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft etc. vereinbart. Die Bundesregierung betrachtet die Entwicklungszusammenarbeit als positives Instrument zur Förderung der Eigenanstrengungen der Partnerländer bei der Erfüllung der entwicklungspolitischen Kriterien.

5. a) Findet weiterhin eine Unterstützung der peruanischen Sicherheitsorgane statt?
- b) Wie beurteilt die Bundesregierung diese Hilfe vor dem Hintergrund von Folter und Einschüchterungsversuchen durch die peruanische Polizei?

Die Bundesregierung gewährt den peruanischen Sicherheitsorganen keine Unterstützung. Im Bereich der Bekämpfung des internationalen Drogenhandels gibt es eng umgrenzte, auf polizeiliche Ermittlungsaufgaben beschränkte Zusammenarbeit.

6. Wie hoch ist nach Informationen der Bundesregierung die Zahl der
 - a) politisch Gefangenen in Peru?
 - b) Personen, die sich ohne Gerichtsverfahren in Haft befinden?
- a) Die Einstufung eines Häftlings als „politischer Gefangener“ ist ohne Einzelfallprüfung nicht möglich. Die Bundesregierung verfügt daher über keine verlässlichen Angaben über die Zahl politischer Gefangener in Peru. Die Bundesregierung setzt sich jedoch für Inhaftierte ein, wenn eine Einzelfallprüfung ergibt, dass ihre Inhaftierung gegen geltendes Menschenrecht verstößt. Hierzu stützt sich die Bundesregierung auf ihre eigenen Erkenntnisse und nimmt ggf. einen engen Informationsaustausch mit Angehörigen, Be-

troffenen und deutschen wie auch internationalen NGO sowie unseren EU-Partnern auf.

- b) Die Bundesregierung verfügt über keine eigenen Erkenntnisse über die Zahl der Personen, die sich in Peru ohne Gerichtsverfahren in Haft befinden. Sie hat aber mehrfach im Rahmen der bilateralen Beziehungen und der Erörterung von Menschenrechtsfragen auf die nicht hinnehmbare Länge der Untersuchungshaft hingewiesen, die bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens in Strafsachen in Peru verstreicht. Das hat auch die Europäische Union getan. Zwar konnte seit der Justizreform von 1996 die Bugwelle der landesweit unerledigten Verfahren nach offiziellen peruanischen Angaben von 100 000 auf etwa 70 000 gesenkt werden. Die Dauer der Untersuchungshaft beträgt aber auch heute in der Regel Monate, in vielen Fällen sogar Jahre. Nach Darstellung mancher Menschenrechtsorganisationen soll die Zahl der Untersuchungshäftlinge die Zahl der Strafgefangenen übersteigen, gegen die formell ein Gerichtsurteil gefällt wurde.

7. Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, dass der Ausnahmezustand noch immer ein Fünftel der Bevölkerung betrifft, obwohl der Terrorismus nur noch in kleinen Regionen des Landes eine Rolle spielt?

Bewaffnete Operationen der terroristischen Organisationen „Partido Comunista del Perú – Sendero Luminoso – PCP“ und des „Movimiento Revolucionario Túpac Amaru – MRTA“ haben zwar in Zahl und Intensität stark abgenommen, wurden aber immer noch in entlegenen Regionen im Regenwaldgebiet von Peru registriert. Ende 1998 standen noch etwa 16 Prozent des Staatsgebietes unter Ausnahmerecht, auf dem rund 20 Prozent der Gesamtbevölkerung lebten. Die Bundesregierung sieht sich zu einer Bewertung dieser Tatsache nur insofern veranlasst, als internationales Völkerrecht oder Menschenrecht verletzt sein könnte. Die Verhängung des Ausnahmezustandes in dem genannten Umfang erfüllt nicht diesen Tatbestand.

8. Ist die Bundesregierung immer noch der Auffassung, dass die peruanische Regierung um die Lösung der Menschenrechtsprobleme in ihrem Land „bemüht ist“, wie sie am 15. Juli 1997 in der Antwort auf eine Kleine Anfrage mit den Worten „Gleichwohl verbleiben zahlreiche Problemfelder, um deren Lösung die peruanische Regierung nach Auffassung der Bundesregierung bemüht ist“ erklärte?
9. Wenn ja, wie vereint sich diese Auffassung mit den gleichbleibend schlechten Bedingungen in peruanischen Gefängnissen, den immer wiederkehrenden Berichten über Folter, Scheinanklagen gegen Oppositionelle (z. B. Steuerhinterziehung) und, ganz besonders, der bereits erwähnten Missachtung der Urteile des Menschenrechtsgerichtshofes?
10. Wenn nein, in welcher Form versucht die Bundesregierung Einfluss auf die peruanische Regierung zu nehmen, damit diese den Weg hin zu einer demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklung einschlägt?

Die Fragen 8 bis 10 werden aufgrund ihres inhaltlichen Zusammenhanges gemeinsam beantwortet:

Die peruanische Regierung hat der Bundesregierung gegenüber mehrfach erklärt, dass sie selber die Menschenrechtslage in Peru für unbefriedigend hält. Präsident Alberto K. Fujimori hat öffentlich auf der Tagung der Justizminister der Organisation Amerikanischer Staaten in Lima (1. bis 3. März 1999) zugegeben, dass die Justizreform in Peru während seiner Amtszeit nicht in gleichem Maße vorangekommen sei wie die Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet. Als Missstände nannte er vor allem die ungerechte Behandlung der Landbevölkerung und das Erbe einer kolonialen Rechtsordnung. Ohne ein funktionierendes Rechts- und Justizsystem könne es jedoch keine nachhaltige Entwicklung geben. Für die Zukunft stellte Präsident Alberto K. Fujimori die Legalisierung bisher nicht registrierten Grundbesitzes, die Erleichterung des Zugangs zu den Gerichten für Randgruppen und Minoritäten, die Dezentralisierung des Justizwesens und die Modernisierung der Gefängnisse und des Strafvollzugs in Aussicht. Insofern ist die Bundesregierung auch heute der Auffassung, dass die peruanische Regierung um eine Lösung der Menschenrechtsprobleme in Peru bemüht ist und sich in die richtige Richtung bewegt.

Die Bundesregierung hat gleichwohl erhebliche Vorbehalte gegenüber der bisherigen Bilanz der peruanischen Menschenrechtspolitik. Insbesondere ist sie besorgt über Abstriche bei der Garantie richterlicher Unabhängigkeit, über die weitreichenden Kompetenzen der Militärgerichtsbarkeit, das Ausmaß der Korruption in Justiz und Strafvollzug und die oft menschenrechtsverletzenden, unwürdigen Zustände innerhalb peruanischer Gefängnisse. Auch die erwähnten wiederkehrenden Berichte über Folter und justizielle Missbräuche gegenüber Oppositionellen sind wiederholt Gegenstand diplomatischer Demarchen gegenüber der peruanischen Regierung gewesen. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass Peru seine Aufkündigung der Unterwerfung unter die Gerichtsbarkeit des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofes möglichst bald wieder rückgängig macht.

Die Bundesregierung führt daher mit der peruanischen Regierung einen permanenten Dialog, der menschenrechtliche Fragen ebenso mit einschließt wie alle anderen, für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit wichtigen Themen. Dieses gilt auch für die jüngsten deutsch-peruanischen Regierungsverhandlungen in Bonn am 5. und 6. Oktober 1999, die erneut Anlass für die Bundesregierung sind, die Menschenrechtsthematik mit der gebotenen Nachdrücklichkeit zur Sprache zu bringen. Es ist ausdrückliches Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern und die jeweiligen Partnerregierungen auf dem Weg dorthin zu bestärken und zu unterstützen.

Anlage 1

Peru

In Vorbereitung bzw. Durchführung befindliche Vorhaben der Finanziellen Zusammenarbeit

BMZ Nummer	Projektbezeichnung	Zusage (in TDM)	Kondition	Auszahlung in TDM
8365470	Schadensreparatur Tinajones-Projekt	5 000,0	Darl.	4 982,0
8370132	Studien- und Expertenfonds II	3 000,0	Zusch.	2 984,3
8670259	Bewässerungsvorhaben Jequetepeque und Tinajones (Begleitmaßnahme)	2 500,0	Zusch.	1 937,3
9365529	Trinkwasserversorgung/Abwasserentsorgung Arequipa II	2,5	i. Vor.	0,0
9365529	Trinkw.Ver-/Abwass.Ents. Arequipa II (In.)	9 500,0	Darl.	5 564,3
9365529	Trinkwasserversorgung/Abwasserentsorgung Arequipa II	9,5	i. Vor.	0,0
9365834	KV-Trinkwasserversorgung/Abwasserentsorgung Trujillo	34 146,8	Darl.	33 665,1
9365917	KV-Abwasserentsorgung Chiclayo	30 000,0	Zusch.	29 049,1
9366170	KV-Bewässerungsprogramm südliche Andenzone III	10 000,0	Darl.	1 821,3
9366170	KV-Bewässerungsprogramm Südliche Andenzone III	5 000,0	Darl.	0,0
9470428	Studien- und Fachkräftefonds IV	5 000,0	Zusch.	1 733,7
9565326	Rücsiedlungsprogramm Ayacucho	15 000,0	Zusch.	8 346,1
9565706	KV-Grundbildungsprogramm (Lehrerfortbildung)	15 000,0	Darl.	4 702,7
9566142	Trinkwasservers./Abwasserentsorg. Pisco (KV-)	11 500,0	Zusch.	2 706,5
9566142	Trinkwasservers./Abwasserentsorg. Pisco (KV-)	13 500,0	Darl.	1 839,9
9566696	Straßenrehabilitierung Corral Quemado-Rio Nieva	40 000,0	Darl.	39 934,0
9566696	Straßenrehabilitierung Corral Quemado-Rio Nieva	43 000,0	Darl.	20 681,7
9566829	Alternative Entwicklung Alto Mayo (KV-)	18 000,0	Darl.	0,0
9665001	Warenhilfe (Gesundheitssektor)	15 000,0	Darl.	1 059,3
9665670	Abwasserentsorgung Arequipa III	7 966,4	Darl.	0,0
9665670	Abwasserentsorgung Arequipa III	40 000,0	Darl.	0,0

BMZ Nummer	Projekt- bezeichnung	Zusage (in TDM)	Kondition	Auszahlung in TDM
9666181	KV-Trinkwasserversorgung/Abwasserentsorgung Cajamarca	20 000,0	Darl.	0,0
9666413	Ländlicher Wegebau in der Region Jaen	14 300,0	Darl.	1 787,6
9670142	KV-Grundbildungsprogramm (Lehrerfortbildung Begleitmaßnahme)	3 000,0	Zusch.	799,5
9765777	KV-Schutzgebiete	10 000,0	Zusch.	0,0
9765793	Trinkwasserversorgung/Abwasserentsorgung Ayacucho (KV)	15 000,0	Zusch.	0,0
9765793	Trinkwasserversorgung/Abwasserentsorgung Ayacucho (KV-)	10 000,0	Darl.	0,0
9766056	Straßenrehabilitierung Olmos-Corral Quemado	20 000,0	Darl.	0,0
9770173	Ländlicher Wegebau in der Region Jaen (Begleitmaßnahme)	700,0	Zusch.	200,0
9866625	Kreditlinie zur Förderung von Klein- und Kleinstunternehmen	10 000,0	Darl.	0,0
	Teilsumme 1	95 700,0	Zusch.	47 756,8
	Teilsumme 2	330 413,2	Darl.	116 038,3
	Teilsumme 3	12,0	i. Vor.	0,0
	Gesamt	426 125,2		163 795,2

Anlage 2

Peru

In Vorbereitung bzw. Durchführung befindliche Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit i. e. S.

BMZ-Nummer	Projektbezeichnung	Nettobewillig. (Zuschüsse) in TDM	Auszahlung in TDM
8723769	Kleinstmaßnahmen ab 1987	2 416,9	2 416,9
8735698	Studien- und Fachkräftefonds (neu: 9325028)	4 429,7	4 270,0
8821472	Förderung kleinbäuerlicher Betriebe im nördl. Andenhochland	2 110,7	1 720,2
8822629	Flankierende Forstmaßnahmen (Sicherung landw. Produktion u. Schutz v. Wassereinzugsgebieten)	2 733,9	2 744,0
9020256	Wirtschaftspolitische Beratung (Entwicklung eines Reformprogramms)	1 712,1	1 525,6
9022096	Trägerstruktur zu sozialem Notstandsfonds	11 081,5	11 042,7
9022112	Integrierte KMI-Beratung	7 100,1	4 529,6
9121690	Ergänzung und Erweiterung des Messwesens	300,0	295,2
9222332	Verbesserung der primären Gesundheitsdienste durch Kooperation der Uni. mit den	6 238,8	4 248,8
9321654	KV-Trinkwasser- und Sanitärprogramm in ausgewählten Städten	10 611,5	9 742,0
9322454	Reform der Lehrerausbildung	7 000,0	3 476,3
9322470	Ländliche Entwicklung Arequipa	3 506,1	3 512,0
9322496	Wiederaufforstung (mit 9322462 zu 9422361 verschmolzen)	0,9	0,0
9325028	Studien- u. Fachkräftefonds (alt: 8735698)	1 221,4	1 230,2
9422163	Beratung des Präsidialministeriums beim TZ-Management	2 500,0	1 565,3
9422171	KV-Kleinbewässerung im südlichen Andenhochland (Plan Meriss Apurimac)	7 421,0	3 218,8
9422361	Agro-Silvo-Pastoriles Programm nördliche Sierra (aus Verschmelzung 9322496 und 9322462)	4 980,0	1 326,6
9425166	Drogenprävention Lima Stadtteil Manzanilla II	1 425,0	207,3
9520115	Entwicklung des Sparkassenwesens (alt: 8420754)	3 500,0	2 854,2
9520438	Zusammenarbeit auf dem Bergbausektor – Bergbauumwelt (alt: 8722266)	3 094,0	2 707,9
9521287	Beratung des peruan. Sozialfonds Foncodespropal (alt: 9022096)	5 177,4	3 631,3
9522764	Meisterausbildung mit Senati (alt: 8622110)	1 553,0	1 213,1
9522814	Beratung der Planungsabteilung im Landwirtschaftsministerium (OPA)	5 650,0	1 794,4

BMZ- Nummer	Projektbezeichnung	Nettobewillig. (Zuschüsse) in TDM	Auszahlung in TDM
9525148	Bevölkerungspolitische Mütterberatung (vor und nach Geburten sowie vorbeugend)	3 000,0	43,0
9525155	Alternative Entwicklung Jaen-San Ignacio- Bagua	3 000,0	1 586,3
9525163	Beratung des Industrieministeriums bei der Förderung kleiner Industriebetriebe (MITINCI)	6 300,0	2 000,1
9525171	Lehrerausbildung in interkultureller Zwei- sprachigkeit in der Andenregion	3 000,0	0,0
9525189	Entwicklung des ländlichen Kreditwesens	3 000,0	0,0
9525197	Alternative Entwicklung Alto Mayo	3 500,0	1 248,1
9525296	Beratung Sunass	2 500,0	1 173,5
9535956	Studien- und Fachkräftefonds	7 411,5	4 268,7
9620378	Technische Krankenhauswartung (alt: 8720369)	900,0	87,5
9620428	Fort- und Ausbildung der Ausbilder für die berufliche Bildung	3 000,0	416,3
9625120	Reproduktive Gesundheit	4 000,0	0,0
9625138	Ländliche Entwicklung im Colca-Tales	4 000,0	592,3
9625153	Stärkung des neuen Grundbildungssystems	2 500,0	0,0
9625161	Postgraduiertenprogramm für bevölkerungs- orientierte Ernährung	2 500,0	0,0
9625179	Luftfahrtsicherheit	1 500,0	114,1
9625187	Stärkung und Entwicklung der lokalen Regierungen	3 500,0	0,0
9720038	KMU-Beratung MITINCI (alt: 9122367)	4 800,0	1 929,8
9722208	Justizreform	3 000,0	0,0
9722216	Entwicklungsorientierte Nothilfe „El Nino“	5 500,0	1 555,7
9722224	Integrierte Exportberatung für KMU (SNE)	2 400,0	0,0
9820283	Trinkwasser- und Sanitärprogramm in Ayacucho und Tumbes	4 000,0	185,0
9821000	KV – Stärkung des nationalen Systems der Naturschutzgebiete (Fanpe)	5 101,0	200,5
9821570	Unterstützung der Defensoria del Pueblo	2 000,0	0,0
9821588	Beratung des Ministeriums für Frauen und menschl. Entwicklung (Promudeh)	2 500,0	0,0
9821638	Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft	1 500,0	0,0
9821646	Alternative Entwicklung	2 000,0	0,0
9920158	KV-Trinkwasser- und Sanitärprogramm in ausgew. Städten	6 500,0	0,0
9920406	Verbesserung der prim. Gesundheitsdienste durch Kooperation d. Univers. mit den Ge- sundheitsdiensten	2 500,0	0,0
	Gesamt	191 177,0	84 674,6

